

#PRESSEMITTEILUNG 24. Juli 2019

# **EVG warnt: Die Bahn in unserem Land ist in Gefahr!**

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) schlägt Alarm. Nach ihr vorliegenden Informationen haben sich die Deutsche Bahn AG und der Bund über die Finanzierung der Infrastruktur für die nächsten 10 Jahre verständigt. Damit drohten weitere Verschlechterungen im Schienenverkehr. „Die Verantwortung für die Schieneninfrastruktur in Deutschland trägt der Bund als Eigentümer. Mit der jetzigen Verständigung über die Finanzierung der Infrastruktur kommt der Eigentümer dieser Verantwortung nicht nach“, kritisierte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner.

Mit den in Aussicht gestellten Mitteln werde der bestehende Infrastrukturrückstau der vergangenen Jahre nicht abgebaut. Dieser läuft laut EVG mittlerweile auf 60 Mrd. Euro zu. „Bleibt es beim jetzigen Verhandlungsstand, wird es die dringend notwendige Verjüngung der Infrastruktur nicht geben.“ Der Zustand von Gleisen, Brücken und Stellwerken werde sich weiter dramatisch verschlechtern, warnt die EVG. Die Infrastruktur verrotte auch in den kommenden 10 Jahren weiter. Zugausfälle, Verspätungen und Stellwerksaufälle würden weiter zunehmen. Aus Sicht der Gewerkschaft wäre dies für den Schienenverkehr in Deutschland eine Katastrophe.

Mit der Verlagerung der Verkehre von der Straße auf die Schiene soll ein nachhaltiger Beitrag zur Senkung der CO2 Emissionen geleistet werden. Der Bund fordert hierzu von den Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen einen attraktiven, pünktlichen und leistungsstarken Zugverkehr. Er fordert für die Zukunft eine Verdoppelung des Personenverkehrs und eine signifikante Steigerung im Güterverkehr. „Der Bund stellt den Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen jedoch die dafür notwendige Schieneninfrastruktur nicht zur Verfügung“, kritisiert Alexander Kirchner. „Somit werden die Bahnen daran gehindert, ihren klimapolitischen Vorteil auszuspielen und dem Anspruch der Politik gerecht zu werden. Sie werden daran gehindert, den

Menschen in Deutschland einen zuverlässigen Verkehr auf der Schiene anzubieten. Das ist Politik gegen die Menschen und gegen ihren Mobilitätsanspruch.

Die EVG erwarte vom Eigentümer „die Übernahme seiner Verantwortung für den Erhalt und den Ausbau der Schienenwege in Deutschland und ein klares Bekenntnis zur Schiene“, so Kirchner weiter. „Wir erwarten eine deutliche Steigerung der Investitionen in die Schieneninfrastruktur.“